

- 9. Zusatzbeiträge in Kindertageseinrichtungen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2014
- 10. Breitbandversorgung in Bremen-Nord
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2014
- 11. Zustand des Fuhrparks der Freiwilligen Feuerwehren Bremen II
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 25. Februar 2014

III. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Unterschriftenlisten der Bremer Bahnhofsplatz Initiative

Diese Eingabe kann bei der Bürgerschaftskanzlei eingesehen werden.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, Sie sind mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zwölf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Ein MoBS wird kommen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Björn Fecker, Frau Dr. Zarah Mohammadzadeh, Frau Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann genau ist mit der vom Senat für Mitte 2014 angekündigten Etablierung des

Mobilen Bürgerservices (MoBS) in Osterholz zu rechnen?

Zweitens: Plant der Senat, die Personalausstattung des MoBS vollständig aus Personalressourcen des Stadtamts zu erbringen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Münch.

Staatsrat Münch: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Es ist vorgesehen, den Mobilen Bürgerservice im Anschluss an die Sommerferien 2014 einzurichten. Die erforderlichen Ressourcen einschließlich des Personalaufwands werden anteilig durch das Stadtamt und die Senatskanzlei bereitgestellt. Damit kann jeweils vor- oder nachmittags ein Dienstleistungsangebot im 14-tägigen Rhythmus in Osterholz gewährleistet werden.

Die nötigen Vorarbeiten und Abstimmungen sind eingeleitet. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Fecker, Sie haben eine Zusatzfrage?

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, Herr Präsident! Herr Staatsrat, kann ich davon ausgehen, dass es in der Frage, ob vor- oder nachmittags und wann und wo genau, noch zu einer Absprache mit dem örtlichen Beirat kommen wird?

Staatsrat Münch: Das ist unsere Planung. Deswegen haben wir das jetzt noch nicht beantwortet, damit wir schauen können, wie das am besten in die Betriebsabläufe und zu den Interessen der Kunden passt.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, Herr Präsident! Ist das Projekt so abgesichert, dass auch durch Krankheit oder Urlaub eine regelmäßige Öffnungszeit gewährleistet werden kann?

Staatsrat Münch: Momentan ja. Wir haben genug Freiwillige, um dann auch sagen zu können: Wir können auch bei Ausfall einzelner Personen die ständige Dienstleistung gewährleisten. So ist es auch angelegt. Wir wollen also

nicht ein Angebot einrichten, das nur zufällig aufzusuchen, sondern schon beständig ist.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine dritte habe ich noch, Herr Präsident! Aus den Erfahrungen mit diesem Projekt und deren geplanten Umsetzungsständen, die in unterschiedlicher Weise schon gegeben waren: Sie haben jetzt geantwortet, dass es im Anschluss an die Sommerferien sein soll. Das ist ja schon ein Stück hinter Mitte 2014, weil wir dann schon im September sind. Kann ich davon ausgehen, dass Sie den September anpeilen, oder heißt „im Anschluss an die Sommerferien“ „irgendwann nach den Sommerferien“?

Staatsrat Münch: Man könnte das ja glauben; nach den Sommerferien ist ein langer Zeitraum.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Bis zu den nächsten quasi!)

Wir meinen: Direkt nach den Sommerferien. Der Grund liegt aber auch darin, dass wir momentan in der Umsetzung des Stadtamtes sehr viele Wegbewerbungen aus den BürgerServiceCentern zu verzeichnen haben und ganz sicher sein wollen, dass wir es im Sinne Ihrer Nachfrage zwei, wenn wir anfangen, auch durchhalten können.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das freut mich, Herr Staatsrat!)

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Frage?

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön, Herr Präsident, nein!)

Präsident Weber: Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Ein-Euro-Jobs in Archiven und Museen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Bernhard!

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Menschen arbeiten derzeit in Bremen in Museen und Archiven auf der Basis von Ein-Euro-Jobs?

Zweitens: Welche Informationen hat der Senat darüber, dass diese zum Teil langjährigen Tätigkeiten vom Jobcenter nicht mehr als förderfähig eingestuft werden?

Drittens: Wie will der Senat die Tätigkeit der Betroffenen in den entsprechenden Einrichtungen stattdessen absichern?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: In den städtischen oder staatlichen Museen und Archiven in Bremen arbeitet mit Stand vom 1. Februar 2014 eine Person auf der Basis eines sogenannten Ein-Euro-Jobs. In den städtisch beziehungsweise staatlich geförderten Museen und Archiven in privater Trägerschaft gibt es vier Beschäftigte in sogenannten Ein-Euro-Jobs.

Zu Frage 2: Bei der Bewertung der aufgeführten Plätze durch das Jobcenter hat es keine Änderung gegeben. Die generelle Aussage, langjährige Tätigkeiten seien künftig nicht mehr förderfähig, entspricht also nicht der tatsächlichen Situation. Bereits in der Vergangenheit konnten einzelne Plätze in den verschiedenen Einsatzbereichen von Ein-Euro-Jobbern nicht anerkannt werden, weil die Kriterien der Zusätzlichkeit und Wettbewerbsneutralität nicht erfüllt wurden.

Zu Frage 3: Wie dargelegt, ist nur eine geringe Anzahl von Ein-Euro-Jobs in städtischen und staatlichen Museen und Archiven betroffen. Dies ist sicherlich auch mit darauf zurückzuführen, dass das Kulturressort die Einrichtungen wiederholt - im Rahmen der Spartengespräche - aufgefordert hat, vor dem Hintergrund sozialer Härten andere, sozial gesicherte Beschäftigungsformen einzusetzen.

Die in diesen Einrichtungen bereits ausgelaufenen Ein-Euro-Job-Maßnahmen werden vorübergehend durch den Einsatz Ehrenamtlicher und die Reduzierung von Zusatzleistungen aufgefangen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Bernhard, haben Sie eine Zusatzfrage?